



Podiumsdiskussion zum Thema Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

anlässlich der Kampagne <https://www.proasyl.de/asylbewerberleistungsgesetz/>

Deutschland unterhält ein zweispuriges System zum Umgang mit Menschen, die ihr Staatsgebiet verlassen haben und ohne Visum in unseres gekommen sind.

Darüber wollen wir sprechen am 12.10.23 in einer Podiumsdiskussion in Stuttgart, ab 19 Uhr im Haus der Geschichte, Otto-Borst-Saal im EG.

Veranstalter: SAMFT-Bündnis Stuttgart
Amnesty Gruppen in Stuttgart, AGDW e. V., Flüchtlingsrat-Baden-Württemberg e. V.,
Just Human e. V., Seebrücke und Ak Asyl Stuttgart

Thema der Podiumsdiskussion ist das Asylbewerberleistungsgesetz, das im November 1993 verabschiedet wurde. Es ist als Baustein in einem System von Sanktions- und Selektionsvorschriften zu verstehen, die zudem mit dem Asyl- und Aufenthaltsrecht verknüpft sind.

Moderatorin ist Frau Souad Lamroubal, Autorin und Fachexpertin für Migration, Integration und Bildung. Im September erschien ihr Buch "Yallah, Deutschland, wir müssen reden!". Seit dem Jahr 2006 ist sie Kommunalbeamtin. Neben jahrelanger Mitwirkung in kommunalen Ausländerbehörden war und ist ihr Schwerpunkt die rassismuskritische Migrationsarbeit.

Den Block Asylbewerberleistungsrecht diskutieren aus der Sicht der Betroffenen Herr **Rechtsanwalt Sven Adam**, Göttingen, und Herr **Roland Rosenow**. Ob beim Sozialgericht Stuttgart oder Hildesheim, zahlreiche Leistungsbescheide zu Ungunsten der Betroffenen hilft Herr Adam zu korrigieren. Herr Roland Rosenow unterrichtet seit Herbst 2023 an der Katholischen Hochschule Freiburg als akademischer Mitarbeiter mit Schwerpunkt Lehre Sozialrecht. Zuvor war er bei der Diakonie Deutschland als Referent für Migrations- und Sozialrecht tätig. Die gesetzgeberische Seite vertritt Herr **Hans-Dieter Scheerer, FDP**. Er ist seit März 2021 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und migrations- sowie arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Das Asylbewerberleistungsrecht muss aus seiner Sicht europäisch gedacht und auf europäischer Ebene abgestimmt und an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden.

Wie sich das Asylbewerberleistungsgesetz auf den Zugang und Umfang von Gesundheits- und Teilhabeleistungen von geflüchteten Menschen auswirkt, ist ein Forschungsschwerpunkt von Frau **Mirjam Schülle** (M.Sc. Public Health). Ihr Gesprächspartner ist Herr **Daniel Lede Abal**, Die Grünen. Seit 2011 ist er Abgeordneter und innerhalb der Fraktion Parlamentarischer Geschäftsführer, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Migration. Im Stuttgarter Landtag kämpft er für Bleiberecht und Beschäftigungsduldung, gegen Nachteile der Berliner Gesetze und oft gegen konservative Flüchtlingspolitik.

Wer geflüchtete Menschen einstellen will, muss einiges beachten. So haben anerkannte Flüchtlinge, Asylbewerberinnen und Asylbewerber oder Geduldete einen unterschiedlichen Aufenthaltsstatus und dürfen nicht immer sofort arbeiten. In einigen Fällen muss eine Beschäftigung rechtzeitig bei der Ausländerbehörde beantragt werden. Sind diese hürdenreiche Prozesse sinnvoll, effektiv, fair? Dazu haben wir eingeladen Herrn **Omar Fayeze** von der **Firma social bee gGmbH**. Sie bringt Unternehmen und Geflüchtete nachhaltig zusammen. Der Mehrwert von integrierten Geflüchteten ist für Herrn **Gottfried Härle** von der **Unternehmer-Initiative „Bleiberecht durch Arbeit“** offensichtlich. Sein Netzwerk fordert die Abkehr der von Ängsten geleiteten Migrationspolitik hin zu einem Ansatz, der neben



hochqualifizierten Fachkräften auch den Bedarf an anzulernenden und auszubildenden Arbeitskräften berücksichtigt. Herr Staatssekretär **Siegfried Lorek**, CDU, vertritt in der Diskussion die Positionen der baden-württembergischen Regierung. Mit einer zentralen Behörde möchte die Landesregierung die Zuwanderung von Fachkräften verbessern. Er ist seit 2016 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und seit 2021 Staatssekretär im Ministerium der Justiz und für Migration.

Der letzte Diskussionsblock widmet sich den menschenrechtlichen Verpflichtungen, die staatliches wie privates Handeln leiten sollte. Welche Basis kann bei einem zweispurigen System zum Umgang mit Menschen, die ihr Staatsgebiet verlassen haben und ohne Visum in unseres gekommen sind, zu Grunde gelegt werden?

Das diskutieren Frau **Dr. Caroline Gritschke**, Vorstandsbeauftragte für Flüchtlingsschutz in Baden-Württemberg bei amnesty international (ai) und Sprecherin der Stuttgarter Asylgruppe von ai und MdL Frau **Alena Fink-Trauschel**, FDP. Seit 2021 ist sie im Parlament und unter anderem Sprecherin für berufliche Bildung, Frauen- und Europapolitik der FDP/DVP-Fraktion und Mitglied im Bildungs- und Europa-Ausschuss des Landtags.

Die Veranstaltung ist kostenlos. Wir bitten aus organisatorischen Gründen um eine Anmeldung.

Gerne nehmen wir Spenden zur Finanzierung der Podiumsdiskussion an.

Spendenlink: <https://secure.spendenbank.de/form/3204/?langid=1&verwendungszweck=29872>